

Anpassung der Erbschaftssteuer

Antragsteller: SPD-Ortsverein Hockenheim

Empfänger: Kreisparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Parteivorstand

Antrag:

Die Erbschaftssteuer soll mit dazu heran gezogen werden, dass bereits eingegangene und künftige Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zur Bereinigung der derzeitigen und künftigen finanzwirtschaftlichen Situation finanziert werden können. Eine angemessene Erhöhung ist daher anzustreben, dabei sind die sozialen Gesichtspunkte bei den Freibeträgen beizubehalten und regelmäßig zu überprüfen.

Begründung:

Momentan erbringt die Erbschaftssteuer 4 Mrd. €. Es ist grotesk, dass CDU und CSU eine Erhöhung der Erbschaftssteuer mit allen Mitteln verhindert haben. Obwohl die Leistungsfähigkeit erheblich gestiegen ist, konnten sich die Unionsparteien nicht dazu überwinden, die Wohlhabenden stärker zu belasten.

Die Folgen der Wirtschaftskrise müssen mit Steuergeldern bezahlt werden. Der Staat muss die Mittel dafür im Rahmen seines Steuerfindungsrechts erbringen.